

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Oktober 2023

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikelvorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **ORF: Mehr Feder und Bleistift statt Tablet**
- **M. Osten: BRD überfordert: China übernimmt jetzt Goethe**
- **K. Mahbubani: Die Eindämmung Chinas wird dazu führen, dass die USA sich global immer mehr isolieren**
- **S. Dagdelen: Sozialabbau und Aufrüstung**
- **G. Verheugen: Ukraine nicht bedingungslos unterstützen**
- **Fl. Pfaff: Friede und Sicherheit**
- **B. Queck: Deutschlands Ehre retten!**
- **D. C. Hendrickson: Die andere Seite der Souveränität: Wie das Völkerrecht auf der Ukraine lastet**
- **A. Kauschanski: Vor dem Verhungern**
- **U. Heyden: Nach dem Angriff von Aserbaidschan: Wer schützt die Menschen in Nagorni-Karabach?**
- **A. v. Gent: Karabach: Einmal ... die nackte Gewalt!**
- **Th. Röper: Wie Russland über Berg-Karabach berichtet**
- **N. Häring: Der erste WHO-Chef machte kein Hehl aus seinen antidemokratischen Plänen für die Organisation**
- **Verfassungsbeschwerde gegen neue WHO-Verträge**
- **arte: Ein Physiker und die tödliche Macht**

Zitat des Monats von [Bertha von Suttner](#):

**Rache und immer wieder Rache!
Keinem vernünftigen Menschen wird es einfallen, Tintenflecken mit Tinte,
Ölflecken mit Öl wegputzen zu wollen –
nur Blut, das soll immer wieder mit Blut ausgewaschen werden.**

Editorial

In Schweden ist erkannt worden, dass die vehemente Digitalisierung in den Schulen das **Lernen der Kinder** eher behindert als fördert. Laut Michael Osten legt man in China Wert auf **klassische humanistische Bildung**, was sich in der dortigen Übersetzung und Wertschätzung des Gesamtwerks von Johann Wolfgang Goethe zeigt. Die auf dieser Grundlage gewachsene Einstellung könnte nach Kishore Mahbubani ein Grund dafür sein, dass China auch wirtschaftlich voranschreitet.

Im Schwerpunkt zum **Ukraine-Krieg** werden kritische Stimmen aus Deutschland dokumentiert. Sevim Dagdelen betont den Zusammenhang zwischen Aufrüstung und Sozialabbau. Florian Pfaff und Günter Verheugen weisen auf die wachsende Unsicherheit auch für Deutschland durch die Kriegstreiberei hin. Brigitte Queck appelliert im Namen der 'Mütter gegen den Krieg' an die Bundesregierung, die Eskalationsspirale des Krieges in der Ukraine endlich zu beenden. David C. Hendrickson analysiert die völkerrechtliche Seite des Ukraine-Krieges und stellt fest, dass alle beteiligten Seiten sich Verletzungen zuschulden kommen lassen.

Zum **Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidshan um Berg-Karabach** beschreibt Alexander Kauschanski, dass bereits vor dem kürzlichen Angriff Berg-Karabach von Baku aus mit türkischer Hilfe stark isoliert worden war. Auch Ulrich Heyden beleuchtet die aktuelle Vorgeschichte. Amalia von Gent beschreibt das entstehende Elend der von diesem Konflikt betroffenen Menschen, bei dem die Großmachtpolitik der Nachbarländer eine große Rolle spielt. Thomas Röper zeigt, wie in Russland über Berg-Karabach berichtet wird.

Norbert Häring stellt die **Weltgesundheitsorganisation WHO** mit ihren antidemokratischen und teilweise menschenrechtswidrigen Denkweisen und Praktiken kritisch dar. Gegen die Grundrechtseinschränkungen, die durch neue WHO-Verträge drohen, wurde eine Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Die vom Verein "Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V." (MWGFD) verfasste Beschwerde wurde aber vom Bundesverfassungsgericht als unzulässig abgewiesen.

Abschließend wird mit einer arte-Doku des Friedensnobelpreisträgers **Joseph Rotblat** (1908 – 2005) gedacht, der zunächst an der Entwicklung der Atombombe beteiligt gewesen war, dann aber intensiv für Friedenspolitik geworben hat.

[Inhalt](#) ↑

● ORF: Mehr Feder und Bleistift statt Tablet

Mit dem jüngsten Start ins neue Schuljahr findet der Unterricht in den Volksschulklassen Schwedens, das mit als erstes Land digitalen Unterricht etwa mit Tablets einführte, nun wieder vermehrt mit gedruckten Büchern, Handschreiben und stillem Lesen statt. Laut der Bildungsministerin Lotta Edholm sind [physische Bücher wichtig fürs Lernen](#). In Kindergarten und Vorschule soll digitales Lernen nun ganz verboten werden. Das Karolinska-Institut, [eine der besten medizinischen Forschungseinrichtungen der Welt](#), sprach sich zuletzt für eine "Analogisierung" des Schulunterrichts aus, denn es gebe eine "klare wissenschaftliche Evidenz", dass digitale Geräte

“das Lernen der Schüler eher einschränken statt fördern“. In Österreich dagegen wurde “digitale Grundbildung“ als neues Pflichtfach in der Sekundarstufe I eingeführt.

Der Österreichische Rundfunk (ORF) ist der [öffentlich-rechtliche Rundfunk Österreichs](#) und hat seinen Hauptsitz in Wien. Als größter Medienanbieter des Landes produziert er vier Fernseh- sowie drei bundesweite und neun regionale Radioprogramme. Außerdem ist er der größte Genossenschafter der ‘Austria Presse Agentur’ (APA). Er ist als Stiftung des öffentlichen Rechts organisiert. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Manfred Osten: **Deutschland überfordert: China übernimmt jetzt Goethe**

Im Gespräch legt Manfred Osten, Philosoph, früher Spitzendiplomat und als Generalsekretär der Humboldt-Stiftung, dar, warum China das Werk von Johann Wolfgang Goethe übersetzen lässt, um eine Gesamtausgabe in Chinesisch vorzulegen. Dies geschehe mit dem Wissen, dass sich Goethe sein Leben lang mit China beschäftigt und am Ende ein chinesisches Vermächtnis hinterlassen hat, in dem er sich selbst als Mandarin bezeichnet. Goethe habe sein Leben lang als Konfuzianer gedacht. [Für das Überleben hielt Konfuzius Lernen, Üben und den Gemeinsinn bzw. das Kollektiv für unumgänglich.](#)

Denn Konfuzius war laut Osten in einer Gesellschaft aufgewachsen, die durch die im Vergleich zur Anzahl der Einwohner zu wenig landwirtschaftliche Anbaufläche hatte. So sei die Seidenstraße u.a. der Versuch, durch dauernde Nahrungszufuhr das Verhungern abzuwenden. Die Legitimität einer Regierung, auch eines Kaisers, hing an deren Fähigkeit, das Verhungern zu vermeiden, was am Ende nur durch das Kollektiv möglich sei.

Um das Üben komme man im chinesischen Sprachraum nicht herum, da die Sprache nur durch extreme Leistungsbereitschaft zu erlernen sei. In China dürfen nur die Fähigsten, die Tüchtigsten einen Staat führen, was auch Goethe so gesehen habe. Das Lernen beginne in China bereits im Alter von drei Jahren im Kindergarten, in den nur Kinder aufgenommen würden, die die Grundlagen der Sprache beherrschen. Im Kindergarten werde die Sprachausbildung nach einem strengen Curriculum betrieben. Die höchste Konzentration erfordernde Sprachausbildung führe zu einer lebenslang anhaltenden Leistungs- und Motivationskonditionierung. Die weitere Ausbildung in den Schulen sei von strengen Prüfungen bis hin zur Gao Kao geprägt, deren Ergebnisse über die gesellschaftliche Karriere entscheide. In den Kreis der Mandarine (hohe Beamte) aufgenommen werde man nur nach Absolvieren anspruchsvoller Prüfungen.

Die Eliminierung der Konfuzianer durch Mao Tse Tung sei durch seinen Nachfolger Deng Xiao Ping rückgängig gemacht worden, wodurch es gelungen sei, 700 Millionen Menschen aus der Armut zu befreien und China wieder zur Führungsmacht der Welt zu machen. Goethe habe in seinem Gedicht “Egalité“ aufgezeigt, dass Europa damals die Gleichheit aus der Französischen Revolution falsch verstanden habe – ein Fehler, dem auch Mao unterlegen sei. Auch Goethe habe wie Konfuzius gesehen, dass durch das Geschenk von Leben und Erziehung eine lebenslange Dankesschuld der Kinder gegenüber den Eltern eine Hierarchisierung der Gesellschaft erwachse.

Im heutigen China, das von Jugendarbeitslosigkeit (20%), alternder Gesellschaft und sehr hoher Staatsverschuldung geprägt sei, habe Xi Jinping das Mandat, das Verhungern und die Wiederkehr von Chaos abzuwehren. Wenn er bei dieser Abwehr versage, werde ihm das Mandat durch die konfuzianisch gebildete Elite abgesprochen. Abschließend erinnert Manfred Osten an das auch für Goethe wichtige Leistungsprinzip, wie er es in den “Chinesisch-deutschen Tages- und Jahreszeiten“ zum Ausdruck brachte: “Sehnsucht ins Ferne, Künftige zu beschwichtigen, beschäftige dich hier und heute im Tüchtigen!“ In Goethe sehen die Chinesen laut Osten “offenbar einen der ihren und wollen ihn in ihre Kultur integrieren“.

[Michael Osten](#), Jg. 1938, studierte Rechtswissenschaften, Philosophie, Musikwissenschaft und Literatur. 1969 Eintritt in den Auswärtigen Dienst mit Station in Frankreich, Kamerun, Tschad, Ungarn, Australien und Japan. Von 1995 bis 2004 Generalsekretär der Alexander von Humboldt-Stiftung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Kishore Mahbubani: Die Eindämmung Chinas wird dazu führen, dass die USA sich global immer mehr isolieren**

Kishore Mahbubani, ständiger Vertreter Singapurs bei den Vereinten Nationen und Präsident des UN-Sicherheitsrats, weist in seinem Buch "The Asian 21st Century" auf das phänomenale wirtschaftliche Wachstum Asiens seit 2000 hin. Dieses Wachstum ist für ihn ein Hinweis darauf, dass das US-amerikanische Jahrhundert vorbei ist und das asiatische vor der Tür steht. Mahbubani geht im Interview davon aus, dass die gegenüber China betriebene Eindämmungspolitik der USA scheitern muss, da [mittlerweile mehr Länder mit China als mit den USA Handel betreiben](#). China, Indien und ASEAN werden seiner Meinung nach in den nächsten Jahren die am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften sein. Es werde noch eine Weile dauern, bis die USA erkennen, dass sie China nicht aufhalten könne und solange werde der globale Wettbewerb zwischen den Beiden andauern. Allerdings hätten die USA schon die Erfahrung gemacht, dass sich die Welt bei der Eindämmung nicht anschließen will. Aber angesichts der sehr starken Anti-China-Sicht in großen Teilen der US-Politik und Öffentlichkeit, müsse die US-Regierung gegenüber China einerseits hart auftreten und andererseits funktional mit China zusammenarbeiten. Auch wenn sich die Erkenntnis in der Breite durchsetzen werde, dass es besser ist mit China zusammenzuarbeiten, werde der Wettbewerb zwischen den USA und China nicht aufhören. Die Auseinandersetzung werde keine militärische Dimension, sondern eine wirtschaftliche Dimension annehmen.

[Kishore Mahbubani](#), Jg. 1948, lehrt Politikwissenschaft an der 'National University of Singapore'. Zuvor war er im diplomatischen Dienst seines Landes tätig, u.a. als Botschafter in Kambodscha, Malaysia, USA und der UNO in New York. Er ist Mitglied zahlreicher internationaler Think Tanks, darunter des 'International Institute for Strategic Studies' in Washington. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Sevim Dagdelen: Sozialabbau und Aufrüstung**

Auf einer Diskussionsveranstaltung anlässlich des Weltfriedenstages hat MdB Sevim Dagdelen vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestags zehn Thesen formuliert, die hier verkürzt wiedergegeben werden:

1. "Deutschland ist im Krieg. Im Niedergang und im Ausnahmezustand." Mit dem geplanten Haushalt für 2024 steige Deutschland zur ausgabenstärksten Militärmacht in Europa noch vor Russland auf.

2. Für das steigende Militärbudget würden drastische Kürzungen im Sozialbereich vorgenommen. "[Wir haben es mit einem sozialen Krieg gegen die eigene Bevölkerung zu tun.](#)"

3. Zudem werde "die Infrastruktur in Deutschland weiter kaputtgekürzt und Deutschland als Industrieland massiv gefährdet". Es drohe ein Kahlschlag bei der Gesundheitsversorgung.

4. Mit den Rüstungsanstrengungen sei eine beispiellose Beteiligung am Stellvertreterkrieg in der Ukraine verbunden.

5. Es könnte sich als trügerisch erweisen, "sich über Waffenlieferungen, militärische Ausbildung ukrainischer Soldaten und geheimdienstliches Zuarbeiten bei der Zielerfassung am Krieg beteiligen zu können".

6. Die Sanktionen gegen Russland hätten sich als Bumerang erwiesen. Es erhebe sich die Frage, ob die Überlegung, den Industriestrom zu subventionieren, "ein tragfähiges wirtschaftliches Konzept [sei], wenn bei mittelständischen Bäckereien der Ofen kalt bleibt".

7. Im Zuge der Rolle eines Transmissionsriemens für Entscheidungen Washingtons bestehe die Gefahr, "der deutschen Automobilindustrie, in der über 800'000 Beschäftigte arbeiten, den Todesstoß zu versetzen".

8. Die Bundesregierung habe bzgl. der Sprengung von Nord-Stream kein Interesse den Schuldigen zu finden. Um diplomatischen Spielraum zu finden, müsse sich "Deutschland als Kriegspartei herausnehmen".

9. "Dieser Krieg als Wirtschafts- und Stellvertreterkrieg bewirkt eine gigantische Umverteilung von unten nach oben, bei der die Bundesregierung Schmiere steht."

10. "Angesichts des Niedergangs in Deutschland und einer drohenden direkten Kriegsbeteiligung ist es höchste Zeit, den Kriegstreibern in den Arm zu fallen."

[Sevim Daqdelen](#), Jg. 1975, Rechtswissenschaftlerin; Als Mitglied der Fraktion 'Die Linke' seit 2005 im Deutschen Bundestag. Gründungsmitglied vom "Bundesverband der Migrantinnen", Mitglied u.a. der "Informationsstelle Militarisierung" (IMI e.V.) und im Kuratorium "Freiheit für die Westsahara e.V.". (Red.)

[Inhalt ↑](#)

● Günter Verheugen: **Ukraine nicht mehr bedingungslos unterstützen**

Angesichts der jüngsten Eskalation im Ukraine-Krieg hat der Außenpolitiker und ehemalige EU-Kommissar Günter Verheugen zu Frieden und Diplomatie aufgerufen. "[Das Gemetzel muss beendet werden](#)". Verheugen weiter: "Wenn ich möchte, dass sich die Verhältnisse in einem autoritären Staat ändern, erreiche ich das nicht mit militärischem Druck, sondern indem ich ein Vertrauensverhältnis schaffe." Verheugen zeigte sich davon überzeugt, dass angesichts der aktuellen globalen Herausforderungen Krieg das Letzte sei, was die Welt brauche. Es sei notwendig, dass sich die Welt auf lebensbedrohliche Krisen konzentriere, anstatt ganze Staaten auszugrenzen, nur weil einem ihre Verhältnisse nicht gefallen.

[Günter Verheugen](#), Jg. 1944, deutscher Politiker, bis 1982 in der FDP, danach SPD. Er war Vizepräsident der Europäischen Kommission und EU-Kommissar. Ab 1999 war er für die EU-Erweiterung zuständig. Derzeit [Honorarprofessor für Europäisches Regieren](#) an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/M. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

● Florian Pfaff: **Friede und Sicherheit**

Auf einer [Podiumsveranstaltung unter dem Motto "Frieden und Sicherheit"](#) hielt der ehemalige Major Florian D. Pfaff einen Vortrag ([Video](#), 57m09), der auf seinen persönlichen Erfahrungen mit der Bundeswehr fußte. Er legte dar, dass sich die Bundeswehr in mehrfacher Hinsicht nicht an in Prozessen gegen Paff ergangenen Urteile gehalten hat, sondern diese umgedeutet habe, um ihre Befehle "mit angemessenen Mitteln" durchsetzen zu können. Die Bundeswehr fühle sich nicht an Recht und Gesetz gebunden. Unterstützt werde sie durch die Medien, auch wenn es hier rühmliche Ausnahmen gibt, wie von Pfaff angeführt.

Pfaff zitiert George Friedman, um zu belegen, dass es in der Ukraine um einen von den USA aus strategischen Gründen gewollten Krieg geht, und die wichtige Rolle Deutschlands dabei. Nach Pfaff wussten die USA genau, dass Russland angesichts der dortigen, vom Westen vorangetriebenen Entwicklung in der Ukraine eingreifen würde. Pfaff vergleicht die Lage um die Ukraine mit der Kuba-Krise. Die von den USA gewollte Trennung zwischen Deutschland und Russland sei mit der Zerstörung von Nord-Stream schon gelungen.

Die vorgeschobenen Begründungen von Demokratie und Freiheit für die US-Politik treffen laut Pfaff auch auf die Ukraine nicht zu. Heute gebe es in der Ukraine, die schon vor dem Putsch als hybrides System galt, weder Demokratie noch freie Medien. So habe ein ukrainischer Sanitäter geäußert, die gefangen genommenen Russen seien laut Befehl zu kastrieren. Menschen, die von den Russen Hilfe annehmen, werden von den ukrainischen Kräften nicht geduldet bzw. wie in Butscha umgebracht. Und der Westen sei nicht an einer Beilegung der militärischen Auseinandersetzung (Johnson in Kiew) und objektiven Berichterstattung interessiert. Pfaff bezweifelt, ob es in Deutschland noch um den Schutz der Verfassung geht. Er stellt fest, dass in Deutschland vielfach mit zweierlei Maß gemessen wird. Abschließend erinnert Pfaff an Mike Pompeo, den ehemaligen Direktor der CIA, der 2019 in einer Uni sagte: "Wir haben gelogen, wir haben betrogen, wir haben gestohlen. Wir hatten ganze Trainingskurse darüber!"

Im Anschluss gab es eine Podiumsdiskussion (Video, ab 1h18), bei der neben dem Referenten Florian Pfaff die Herren Jan Veil (Partei 'Freie Linke'), Klaus Hartmann (Freidenkerverband) und Wolfgang Hübner (Partei 'Bürger für Frankfurt') auf dem Podium saßen. Laut Jan Veil kam die Runde "zwar mehrfach auf Inhalte und thematische 'Vorlagen' des Vortrags zurück, spannte jedoch einen großen inhaltlichen Bogen zu verschiedensten Aspekten des gegenwärtigen Zustands unserer Gesellschaft sowie zu aktuellen Entwicklungen im globalen Ringen um die zukünftige gesellschaftspolitische und ökonomische Ausrichtung der Welt".

Den besorgniserregenden Zuständen setzte das Podium "die dringende Notwendigkeit entgegen, auf möglichst breiter Basis, also auch unter Einbeziehung mit der herrschenden Kriegspolitik nicht einverständener Mitglieder aller Parteien, möglichst ausgrenzungsfreie, d.h. nicht parteipolitisch oder ideologiedogmatisch dominierte Symposien, Kongresse und/oder Konferenzen zu organisieren, um sich möglichst verbindlich auf wesentliche Kernforderungen zu verständigen". Der "kruden und geschichtslosen Kriegstreiberei à la Baerbock, Strack-Zimmermann, Jens Stoltenberg und ähnlichen" sei "endlich ein Ende zu setzen". Der 'Kulturtechnik' eines ausgrenzungs- und diskriminierungsfreien Dialogs zwischen Repräsentanten erkennbar unterschiedlicher politischer Positionen müsse dringend wiederbelebt bzw. gestärkt werden.

[Florian Pfaff](#), Jg. 1957, war anfangs Zeit-, später Berufssoldat; verweigerte 2003 Mitwirkung am Irak-Krieg und ist seitdem im Sinne der Friedensbewegung tätig, wodurch eine weitere Beförderung verhindert wurde; wurde 2013 in den Ruhestand versetzt. Er ist Vorstandmitglied des Arbeitskreises 'Darmstädter Signal'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Brigitte Queck: **Deutschlands Ehre retten!**

Am 01.09.2023, dem Weltfriedenstag, forderte Brigitte Queck die Bundesregierung und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages "im Namen der 'Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg' auf, [die Eskalationsspirale des Krieges in der Ukraine endlich zu beenden!](#) Wir fordern Sie auf, zurückzukehren zu dem seit Jahrzehnten bewährten Grundsatz Deutschlands 'Keine Waffen in Kriegsgebiete!'. Die unter Bruch dieses Grundsatzes seit Beginn des Ukrainekrieges seitens der Bundesrepublik getätigten Waffenlieferungen haben zu keiner Annäherung zwischen den Konfliktparteien Russland und der Ukraine beigetragen, sondern zu

einer Eskalationsspirale ungeheuren Ausmaßes, der Gefahr eines 3. Weltkrieges, der mit atomaren Waffen geführt werden wird und damit unser aller Leben aufs Spiel setzt!“

Queck wirft der Bundesregierung vor, mit der bewussten Nichtumsetzung der Minsk-Vereinbarungen “zu der heutigen militärischen Eskalation in der Ukraine beigetragen“ zu haben. Sie wirft der deutschen Regierung auch vor, nachdem die Putschregierung “durch einen blutigen, durch die USA finanziell und militärisch gestützten Staatsstreich unrechtmäßig an die Macht gekommen war, nicht auf der Einhaltung des internationalen Kompromissabkommens zwischen der Janukowitsch-Regierung und der Opposition bestanden“ zu haben. Sie stellt fest: “Die mindestens 15‘000 zivilen Toten allein in den Donbassrepubliken – Ukrainer und Russen, die sich der zu Unrecht an die Macht gekommenen faschistoiden Regierung nicht beugen wollten – gehen also auch auf das Konto der deutschen Regierung!“ Nun unterstütze Berlin die “durch einen blutigen Staatsstreich zur Macht gekommene faschistoide ukrainische Regierung nun sogar mit Angriffswaffen“. – *Mit dem Maidan gab es einen blutigen Umsturz, aber Präsident Selenskyj ist dann unter den durch den Putsch geschaffenen neuen Umständen vom Volk gewählt worden.* (Red.)

[Brigitte Queck](#) ist Staatswissenschaftlerin der Außenpolitik und forscht seit Jahren auf dem Gebiet Russland und der Ukraine. Sie ist Stellvertretende Vorsitzende des Vereins ‘Mütter gegen den Krieg e. V.’ in Berlin, der jede Woche eine [Mahnwache am Brandenburger Tor](#) eine Mahnwache durchführt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● David C. Hendrickson: **Die andere Seite der Souveränität: Wie das Völkerrecht auf der Ukraine lastet**

Nach Hendrickson, emeritierter Politikwissenschaftler und “Senior Fellow am ‘Institute for Peace & Diplomacy’, “kann der Konflikt in der Ukraine weder richtig verstanden noch friedlich gelöst werden ohne sorgfältige Beachtung der Selbstbestimmung“, indem man sich wie der Westen “ausschließlich auf die territoriale Integrität konzentriert“. Vielmehr sei der Konflikt, der viele Dimensionen habe, insbesondere auch unter dem Aspekt des “Rechts auf Revolution und auf nationale Selbstbestimmung“ zu bewerten. Das Recht auf Revolution bestehe, wenn die Menschen “unerträglicher Unterjochung unterworfen sind“. Für Hendrickson wurde dieses Recht von Großbritannien für den Brexit in Anspruch genommen. Hendrickson sieht wohl, dass die Grundsätze der territorialen Integrität und der nationalen Selbstbestimmung “manchmal in einem Spannungsverhältnis oder sogar in einem offenen Konflikt zueinander“ geraten können.

Hendrickson betont, dass die Ukraine “eine revolutionäre oder außerkonstitutionelle Machtergreifung im Jahr 2014 erlebte. Es ist zweifelhaft, ob die ‘Revolution der Würde’ von 2014 durch Missstände ausgelöst wurde, die das Recht auf den Sturz der bestehenden Regierung verliehen.“ Aber mit der Einsetzung einer revolutionären Regierung sei auch die Verfassung aufgehoben und damit das Recht auf Selbstbestimmung auf die sich unterjocht fühlenden Menschen auf der Krim und in der Ostukraine übergegangen. Diese Menschen hätten faktisch mit einer deutlichen Mehrheit für ihre Aufnahme in die Russische Föderation gestimmt. Russland habe dem Anschluss an Russland erst zeitgleich mit dem Beginn der russischen Militäraktion in der Ukraine zugestimmt. Bis dahin habe sich Russland dem Abkommen Minks II verpflichtet gefühlt, das eine Wiedereingliederung der abtrünnigen Republiken Donezk und Lugansk in die Ukraine unter Zusicherung der ‘föderalen’ Selbstbestimmungsrechte vorsah, aber von Kiew, Donezk und Lugansk abgelehnt worden sei.

Nach Hendrickson hätte der Westen eine Friedenslösung anstreben, nicht einen Bürgerkrieg auslösen, sowie die Ukraine nicht auf die Konfrontation mit Russland und damit auf eine militärische Aufrüstung fixieren sollen. Hendrickson wirft auch Russland vor, “die beiden

Grundprinzipien der territorialen Integrität und der nationalen Selbstbestimmung [...] durch den russischen Einmarsch in die Ukraine im Jahr 2022 ebenfalls verletzt“ zu haben. Den Zielen dieser Aktion, die Ukraine 'entnazifizieren' und 'entmilitarisieren' und damit faktisch einen Regierungswechsel herbeiführen zu wollen, fehle nicht nur die überzeugende Rechtsgrundlage, sondern sie würden "das Recht aller Ukrainer auf nationale Selbstbestimmung" verletzen.

Um gerechte Bedingungen für den Friedensschluss unter Beachtung der "Normen des internationalen Rechts und seine Vorstellungen von Gerechtigkeit als Grundlage einer fairen Regelung" zu erreichen, müsste nach Hendrickson das Primat gelten: "Es sollen möglichst keine Menschen der rechtlichen Hoheit derer überlassen werden, die sie selber hassen oder deren Hass sie ausgeliefert wären." D.h. die russisch-sprachigen Menschen sollten in einem noch zu definierenden Gebiet selbstbestimmt leben können. Dies sollte erreicht werden, ohne dass Menschen in größerem Maßstab vertrieben werden müssen. Für Hendrickson ist eine entsprechende politische Einigung noch nicht absehbar, weil der Westen das Prinzip der Selbstbestimmung als Verhandlungsgrundlage ablehnt und darauf beharrt, dass der "Konflikt ausschließlich unter dem Aspekt der russischen Aggression" zu sehen sei. Dieses Beharren des Westens müsse "auch vor dem Hintergrund seiner eigenen ungeheuerlichen Verletzung territorialer Integrität im globalen Krieg gegen den Terror gesehen werden". Hendrickson macht auf die willkürlichen Positionen des Westens bzgl. territoriale Integrität in vielen Ländern aufmerksam. Da "die Selbstbestimmung als Prinzip der Friedensstiftung" in der Ukraine vom Westen abgelehnt werde, liege eine diplomatische Lösung in weiter Ferne.

Auch wenn "die USA und ihre Verbündeten jedes Recht haben, Waffen an den ukrainischen Widerstand zu liefern, um ihr Land zu verteidigen", seien solche Lieferungen nicht klug. Sollte mit solchen Lieferungen die Absicht verbunden sein, "den Ausgang des Krieges entscheidend zu verändern, kommen sie, erstens, einer tatsächlichen Intervention nahe". Zweitens verwandle diese Strategie "die Ukraine in einen unregierbaren und unproduktiven Leichnam". Die von den USA und dem Westen beschlossenen und hinsichtlich ihrer Folgen nicht durchdachten Wirtschaftssanktionen sind nach Hendrickson rechtlich fragwürdig, auferlege der westlichen Bevölkerung intransparente Kosten und würden vor allem die Menschen im Globalen Süden treffen.

In seiner Schlussfolgerung hält Hendrickson fest: "In der anhaltenden Krise kommen weder die Vereinigten Staaten noch Russland unverletzt aus ihrer Begegnung mit dem Völkerrecht. [Beide Staaten haben in der Ukraine eine Politik verfolgt, die gegen das Recht verstößt](#). Die Vereinigten Staaten haben sich in erster Linie schuldig gemacht – insbesondere durch die skandalöse Unterstützung einer verfassungswidrigen Revolution in der Ukraine im Jahr 2014 und dann dadurch, dass sie als Basis für Friedensverhandlungen nicht akzeptierten, dass sowohl die Krim als auch der Donbass ein Mitspracherecht zu ihrem eigenen Schicksal haben sollten. Russlands Invasion im Jahr 2022 schneidet unter dem Blickwinkel des Rechts nicht besser ab. Sie verstößt gegen das Recht der Ukraine auf nationale Selbstbestimmung. In Anbetracht dieser beiden Ungerechtigkeiten habe ich als Grundvoraussetzung für die Friedensstiftung eine Version des Selbstbestimmungsprinzips dargelegt, dass möglichst niemand der Hoheit von Menschen unterstellt werden soll, die ihn hassen oder die er hasst. Dieser Grundsatz sollte auch eine Grenze für die militärischen Ziele darstellen, welche die Vereinigten Staaten und der Westen in der Ukraine anstreben."

[David C. Hendrickson](#), Jg. 1953, ist leitender Mitarbeiter am 'Institute for Peace & Diplomacy', emeritierter Professor der Politikwissenschaft am 'Colorado College' und Präsident der 'John Quincy Adams Society'. Er ist der Autor von acht Büchern, darunter 'Republic in Peril: American Empire and the Liberal Tradition' (Oxford, 2018). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Alexander Kauschanski: **Vor dem Verhungern**

Türkische Intellektuelle appellieren an die Weltgemeinschaft, zugunsten der bedrohten Menschen in Berg-Karabach zu intervenieren, da die Regierung Aserbaidschans den Transport lebenswichtiger Güter nach Berg-Karabach seit dem 12.12.2022 teilweise blockierte, [seit dem 14.06.2023 für Lebensmittel und seit dem 07.07. auch für Medizin blockiert](#). Dabei wird Baku von der türkischen Regierung unterstützt. Laut dem Appell [droht sonst eine große humanitäre Katastrophe](#). Die Furcht, dass sich in Berg-Karabach die Geschichte Armeniens, wenn auch in kleinerem Maß, wiederholen könnte, treibt die Intellektuellen um und verbindet sie. Am 08.08.2023 forderte eine Gruppe von Experten der UNO Aserbaidschan nachdrücklich auf, den uneingeschränkten und sicheren Personen-, Fahrzeug- und Warenverkehr entlang des Latschin-Korridors in beiden Richtungen wieder herzustellen. Bisher unterbleibt eine Einflussnahme westeuropäischer Regierungen, da man die Beziehungen zu dem an Erdöl- und Erdgas reichen Aserbaidschan nicht verderben will. Auch eine Stellungnahme des UN-Sicherheitsrats lässt nach Amalria van Gent auf sich warten.

Dieser Beitrag wurde vor dem Einmarsch Aserbaidschans geschrieben, zeigt aber eine hier kaum bekannte vorausgegangene Entwicklung auf. (Red.)

[Alexander Kauschanski](#), geboren in der Ukraine und aufgewachsen in Deutschland, studierte Politikwissenschaft in Leipzig, Potsdam, Lyon und Lissabon. Er wurde an Henri-Nannen-Schule journalistisch ausgebildet, schrieb für den "Spiegel", die "Süddeutsche Zeitung", "Geo" den "Tagesspiegel" und die "Deutsche Welle" aus Moskau und schreibt aktuell für die "Zeit". (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Ulrich Heyden: **Nach dem Angriff von Aserbaidschan: Wer schützt die Menschen in Nagorni-Karabach?**

Aus der Darstellung von Ulrich Heyden geht u.a. hervor, dass Aserbaidschan (Hauptstadt Baku) für seinen Angriff auf Berg-Karabach (Hauptstadt Stepanakert) einen juristischen "Rückzieher" von Armenien (Hauptstadt, Erewan/Jerewan) nutzte: Der Ministerpräsident Armeniens, Nikol Paschinjan, der 2018 im Laufe einer "bunten Revolution" an die Macht gekommen war, hatte im Oktober 2022 [in Prag erklärt, dass Nagorni-Karabach zum Territorium von Aserbaidschan gehört](#). Bis 2022 hatte Paschinjan erklärt, Karabach gehöre nicht zu Aserbaidschan. Die in Prag erklärte Sicht hat Russland übernommen, das in den Friedensverhandlungen der letzten Jahrzehnte immer eine neutrale Position mit dem Ziel eingenommen hatte, eine humane Lösung für die Bevölkerung von Karabach auszuhandeln. Zu einem Kompromiss war aber Jerewan (Armenien) bis 2022 nicht bereit, warf aber Moskau vor, es hätte nichts zum Schutz der Menschen in Karabach getan. Die Führung Armeniens ist in den letzten Wochen vor dem Angriff demonstrativ auf Distanz zu Russland gegangen. Nach Heyden verstärkt jetzt Armenien seine Kontakte zum "kollektiven Westen", der schon seit langem mit seinen Beratern in Armenien aktiv ist. Laut Heyden ist es für die Führung in Moskau ein viel größeres Problem, seinen Einfluss im Kaukasus zu verlieren, als die militärischen Operationen von Aserbaidschan gegen Berg-Karabach zu erleben, die Russland nicht direkt betreffen.

Für Heyden stellt sich die Frage, warum der Ministerpräsident Armeniens nicht über eine Lösung für die Bevölkerung von Karabach nachgedacht hat, bevor er jetzt "die Aufgabe übernehmen [will], die Brüder und Schwestern aus Nagorni-Karabach in Armenien aufzunehmen", wenn die Bemühungen scheitern sollten, mit internationaler Hilfe für die Sicherheit der Menschen in Karabach zu sorgen.

Mit seinem Angriff, an dem 60'000 aserbaidschanische Soldaten teilnahmen, brach Baku den Waffenstillstand mit Karabach, der nach dem Angriff der aserbaidschanischen Armee im Herbst 2020 mit Hilfe von Moskau ausgehandelt worden war. Die aufgrund der Kapitulation aufzulösende

Karabach-Armee umfasste vor dem Angriff 2'500 Mann. Die russische Friedenstruppe übernahm nach der Kapitulation die Versorgung der Einwohner Karabachs mit Lebensmitteln. Inwieweit Aserbaidshans auch Lebensmittel lieferte, ist nach Heyden unklar.

[Ulrich Heyden](#), Jg. 1954, studierte Volkswirtschaft und Mittlere und Neuere Geschichte; seit 1992 freier Moskau-Korrespondent für verschiedene Medien; hielt verschiedene Vorträge insbesondere zur Ukraine. Heyden wurde wegen kritischer Berichterstattung aus der Ukraine ausgewiesen; erhielt verschiedene Auszeichnungen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Amalia van Gent: Karabach: Einmal mehr siegt die nackte Gewalt!**

Laut Amalia van Gent dokumentieren Satellitenbilder des US-Unternehmens Maxar, wie sich in der letzten Septemberwoche "eine schier unendlich lange, farbige Autoschlange durch die weiche, grüne Hügellandschaft des Südkaukasus schlängelte und ausschließlich in eine einzige Richtung bewegte: weg aus einem Gebiet, das die Fliehenden bis vor kurzem noch ihre Heimat nannten. [...] [Innerhalb der ersten fünf Tage waren von den schätzungsweise 120'000 Einwohnern über 90'000 geflohen](#). Soll die Hauptverkehrsachse des Latschin-Korridors für Fliehende weiterhin offenbleiben, wird Berg-Karabach, abgesehen von wenigen Alten und Gebrechlichen, ohne Armenier bleiben – zum ersten Mal seit Jahrtausenden. Bis Ende September machten die Armenier 95% der Bevölkerung aus." Mit der Auflösung aller politischen Strukturen Berg-Karabachs am 27.09.2023 existiert die Heimat der über den Latschin-Korridor geflohenen Menschen nicht mehr. Der Korridor wurde von Aserbaidshans für die "freie, freiwillige und ungehinderte Bewegung" der Bewohner Berg-Karabachs geöffnet.

Die am 06.10.2022 von Aserbaidshans und Armenien unterzeichnete Erklärung, in der sie unter der Ägide der EU-Präsidentschaft gegenseitig die territoriale Integrität und Souveränität ihrer Länder anerkannten, entbehrte der Mechanismen, um die Konflikt-Parteien zur Umsetzung zu bringen. Als Aserbaidshans Präsident nur den Punkt für die territoriale Souveränität und Integrität seines Landes herauspickte, hatten weder die EU noch die USA etwas dagegen zu setzen. Van Gent sieht nun in der Region die Gefahr, dass Russland, die Türkei und der Iran wie in vergangenen Jahrhunderten erneut um Macht und Einflusssphären in der Region buhlen. Dabei könnten insbesondere die kollidierenden Interessen der Türkei und des Iran "einen Flächenbrand auslösen, der nicht nur den Südkaukasus, Iran und die Türkei betreffen würde, sondern auch Israel, das sich Aserbaidshans strategischer Alliierte nennt, und womöglich sogar Indien, das mit dem Iran paktiert". Van Gent: "Dass die Armenier heute, gut hundert Jahre, nachdem sie Opfer eines Genozids vom Ausmaß des Holocaust wurden, erneut um ihre Existenz bangen müssen, ist ein Armutszeichen der Weltgemeinschaft."

[Amalia van Gent](#) berichtet seit 1980 aus der Türkei und Griechenland und war zwischen 1988 und 2009 Korrespondentin der NZZ in Istanbul. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Thomas Röper: Wie in Russland über den Konflikt in Berg-Karabach berichtet wird**

Zu den Entwicklungen in Berg-Karabach hat Thomas Röper zwei Beiträge des russischen Fernsehens vollständig übersetzt. Im ersten Beitrag wird die Entwicklung seit den 1990er Jahren, als die Armenier das Gebiet Berg-Karabach mit Gewalt eroberten, dargestellt (*mit Armenier sind hier die im Gebiet lebenden Armenier und unterstützende Kräfte aus dem Staat Armenien gemeint; siehe [Wikipedia](#); Red.*). Danach kam es laut russischem Bericht immer wieder zu Provokationen

gegenüber Aserbaidschan, das sich das auf Druck aus der Bevölkerung nicht mehr bieten lassen wollte. So kam es 2020 zur Einkesselung von 30'000 armenischer Soldaten, die durch Russlands Vermittlung wieder freikamen und abziehen mussten. Hierbei blieb der Status des über den Latschin-Korridor mit Armenien verbundenen Berg-Karabach offen. In der zwischen Armenien, Aserbaidschan, Frankreich und der EU ausgehandelten Prager Erklärung [wurde Berg-Karabach zu aserbaidshanischem Hoheitsgebiet erklärt](#). Die in der Enklave verbliebenen bewaffneten armenischen Verbände und dorthin fließende Waffen passten laut russischem Fernsehen nicht dieses Konzept.

Im zweiten Beitrag wird die Arbeit der russischen Friedenstruppen, die seit der Vermittlung anno 2020 in der Region sind, bei der Versorgung der armenischen Bevölkerung und bei Waffenstillstandsverhandlungen unter Vermittlung des Kremls in Berg-Karabach dargestellt. Dabei wird auch festgestellt, dass selbst die armenische Regierung in Eriwan die Unabhängigkeit Berg-Karabachs nie anerkannt und die erreichten Vereinbarungen gebrochen habe, jetzt aber Moskau die Schuld an der jüngsten Entwicklung gebe.

[Thomas Röper](#), Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Norbert Häring: **Der erste WHO-Chef machte kein Hehl aus seinen antidemokratischen Plänen für die Organisation**

Die Neufassung des WHO-Pandemievertrags und die Reform der Internationalen Gesundheitsvorschriften IHR, die einen kräftigen Machtgewinn der WHO vorsehen, tragen nach Norbert Häring die klare Handschrift des Gründers der WHO, Brock Chisholm. Chisholm habe schon vor der Gründung der WHO die Notwendigkeit betont, "Familientradition und enge Familienbande, Loyalität zum Heimatland und religiöse Dogmen aus den Köpfen der Menschen zu entfernen, um eine rationale Weltregierung errichten zu können". Trotz seines immer wieder geäußerten ultra-materialistischen und wissenschaftsgläubigen Weltbilds sei er zum Gründer der WHO erkoren und dann auch zum ersten WHO-Generalsekretär gewählt worden.

Für Chisholm durfte das WHO-Personal nur durch Kandidaten, die sich als Weltbürger verstanden, gebildet werden. Es müsse nicht nur das Personal, sondern auch jeder Mensch körperlich, geistig und sozial voll im Sinne der Zukunft, des Wohls der Menschheit funktionieren. Wer das Wohl der Menschheitsfamilie definiert, sei für ihn nie eine Frage gewesen. Nach Häring [spiegelt die WHO-Verfassung, aber auch die Arbeit der WHO die antidemokratisch-technokratischen Ansichten Chisholms wider](#). Seine Weltsicht würden von Geldgebern wie Bill Gates geteilt und komme z.B. in der Verteufelung von Patriotismus, Nationalstaat, Heimatverbundenheit sowie in der Willkommenskultur, im Migrationspakt zum Ausdruck.

In der Anlage fasst Häring den geplanten WHO-Pandemievertrag und die geplanten Änderungen der IHR übersichtlich zusammen.

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Verfassungsbeschwerde gegen neue WHO-Verträge**

[Angesichts der in Kürze drohenden totalen Überwachung und Einschränkung der Reisefreiheit](#) über das 'Global Health Certificate System' (GHCS) der WHO, das auf dem EU-COVID-Zertifikat aufbaut, und der generell drohenden Grundrechtseinschränkungen nach Unterzeichnung der derzeit verhandelten Verschärfung der 'International Health Regulations' (IHR) und der 'Convention Agreement' (CA+) der WHO entschlossen sich Frau Marianne Grimmerstein von der 'Gemeinwohl-Lobby' (GWL) und der Leitende Ministerialrat a.D. Uwe Kranz von dem Verein 'Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie' (MWGFD) persönlich in die Offensive zu gehen.

Noch vor der parlamentarischen Sommerpause haben sie am 16.06.2023 beim Bundesverfassungsgericht eine Verfassungsbeschwerde mit einem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gegen die beiden vorgesehenen Verträge eingereicht. Gegenstand der Verfassungsbeschwerde und des Antrags auf einstweilige Anordnung ist die grundgesetz- und völkerrechtswidrige Fassung der beiden oben vorgelegten Vertragsentwürfe der IHR und der CA+, namentlich die zahlreichen Verletzungen der Grund- und Menschenrechte aus dem Grundgesetz, dem EU-Vertrag (EUV), der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR), dem 'Internationalen Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte' (UN-Zivil-Pakt, IBPR), dem 'Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte' (UN-Sozialpakt, IPwskR), der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und der EU-Grundrechtscharta. Ziel der Verfassungsbeschwerde ist, alle staatlichen Stellen zu verpflichten, allen Verordnungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005) und der WHO-Convention in Form des so genannten Pandemieabkommens (CA+), die mit dem Grundgesetz oder dem Völkerrecht kollidieren, zur Verletzung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung oder zum Verlust der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland führen, in den jeweiligen internationalen Arbeitsgruppen zur IHR-Neufassung oder zur Ausgestaltung des CA+ bis zur 77. WHO-Generalversammlung zu widersprechen bzw. diese grundgesetzkonform auszugestalten.

Das Bundesverfassungsgericht hat am 15.09.2023 entschieden, dass die [Verfassungsbeschwerde unzulässig](#) sei ([2 BvR 108/23](#)). Denn: "Die zukünftige Mitwirkung Deutschlands an dem geplanten Abschluss eines Pandemieabkommens und der geplanten Reform der Internationalen Gesundheitsvorschriften ist kein tauglicher Beschwerdegegenstand. Sie löst keine innerstaatlichen Rechtswirkungen aus, die geeignet wären, die Beschwerdeführerin in ihren Rechten zu verletzen. Da die Verhandlungen auf internationaler Ebene noch andauern, gibt es auch kein Zustimmungsgesetz, das mit der Verfassungsbeschwerde angegriffen werden könnte." Laut Bundesverfassungsgericht "sind derzeit mehr als 1.600 weitere, nahezu identische Verfassungsbeschwerden anhängig".

'[Neue Medien Portal](#)' wurde vom Verein "Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V." ([MWGFD](#)) initiiert und wendet sich gegen den sich verengenden Meinungskorridor, was sich mit sogenannten "Corona-Pandemie" weiter zugespitzt habe. (Red.)

Das 1951 gegründete [Bundesverfassungsgericht](#) hat das Grundgesetz verbindlich auszulegen und für die Durchsetzung der Grundrechte zu sorgen. Es besteht 16 Richtern, die auf zwei Senate aufgeteilt sind. Die eine Hälfte der Richter wählt der Bundestag, die andere der Bundesrat, jeweils mit Zweidrittelmehrheit. Die Amtszeit beträgt zwölf Jahre. Eine Wiederwahl ist ausgeschlossen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- arte: **Ein Physiker und die tödliche Macht**

Das "Manhattan-Projekt" beinhaltete ab 1942 die Entwicklung der Atombombe – maßgeblich ausgehend von der Bedrohung durch Nazi-Deutschland. Der polnische Physiker József Rotblat ([*1908, †2005](#)) war einer der Physiker, die daran beteiligt waren. 1944, nachdem er erfahren hatte, dass die Deutschen ihr Atombombenprojekt aufgegeben hatten, stieg er aus und wurde zu einer zentralen Figur der Pugwash-Konferenz in Kanada, die sich zum Ziel setzte, die Gefahr, die von Atomwaffen ausgeht, einzudämmen. Dafür wurde er [1995 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet](#). Die arte-Doku "[Ein Physiker und die tödliche Macht](#)" (anno 2008, 1h30; mit deutschen Untertiteln) erzählt die Geschichte der Atombombe und porträtiert einen klugen Wissenschaftler mit Gewissen, der bei seiner Rede vor dem Nobelpreiskomitee sagte er: "[Erinnern Sie sich vor allem an Ihre Menschlichkeit](#)". Rotblat wollte das Denken der Menschen optimistisch beeinflussen, mit dem Motto: "Wenn Du Frieden willst, bereite Dich auf Frieden vor." "Er glaubte grundsätzlich an die Güte des Menschen. Seine Hoffnung drückte er so aus: "Gestern Nacht hatte ich den seltsamsten Traum, den ich jemals hatte. Ich habe geträumt, die Welt habe sich geeinigt, dem Krieg ein Ende zu setzen."

"arte" ist [ein öffentlich-rechtlicher Rundfunkveranstalter](#), der 1991 gegründet wurde und aus der Zentrale und zwei Mitgliedern besteht. Der Sender finanziert sich zu 95% über den in Deutschland und Frankreich erhobenen Rundfunkbeitrag. Programm-Schwerpunkte sind Kultur, Europa und die Vermittlung von Informationen aus vorzugsweise ungewöhnlichen Perspektiven. Der Sender ist bekannt für hochwertige Dokumentationen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑